



---

# aktuelle **S t u d i e** 16. 06. 2006

---

## Krise oder das Ende der Globalisierung?

### Wie global ist Globalisierung?

Ulrich Beck vergleicht den Versuch, die Globalisierung zu definieren, mit dem aussichtslosen Unterfangen, den Pudding an die Wand zu nageln. Am häufigsten wird die Globalisierung mit folgenden Merkmalen charakterisiert:

- Steigender Umfang des internationalen Handels
- Zunahme ausländischer Investitionen
- größere Bedeutung von global operierenden Konzernen
- abnehmende Bedeutung des Nationalstaates

Zusammenfassend betrachtet bedeutet die Globalisierung die Möglichkeit, frei den Ort der Gewinnmaximierung zu wählen. Die letzte Ära der Globalisierung gab es vor etwa 100 Jahren und sie endete mit dem Ersten Weltkrieg. (Vgl.: Niall Ferguson: Sinking Globalization. in: Foreign Affairs, March/April 2005)

Eine Vernetzung der internationalen Wirtschaft ist zweifellos vorhanden, aber die wirtschaftliche Macht ist weiterhin in einigen wenigen hoch entwickelten Ländern konzentriert. Einer wirklich „globalen“ Globalisierung würde eine Verteilung der wirtschaftlichen Zentren auf dem ganzen Globus entsprechen. Wirklich vernetzt ist aber nur die Erste Welt; der Rest ist Periphe-

rie, die je nach Bedarf an- oder abgekoppelt wird. Die Verbindung zur Peripherie ist einseitig, die Machtverteilung eindeutig. In Wahrheit ist wirklich global eher das Loch der „nicht globalisierten“ Ökonomie. Dazu gehört das ganze Mittel- und gut die Hälfte Südamerikas, ganz Afrika (mit Ausnahme der Republik Südafrika) der Nahe und mittlere Osten, der größere Teil des indischen Kontinents, Indonesien und große Teile Südasiens.

Die Anhänger der Globalisierung, beispielsweise der Analytiker Thomas Barnett, empfehlen dringend, dass man dieses Loch am schnellsten stopfen und die Fläche der globalisierten Welt ausweiten müsse. Nur in der globalisierten Welt, sagt Barnett, steige das Lebensniveau und existierten stabile politische Systeme. Schlecht gehe es den Menschen überall dort, wo die Globalisierung nicht wirke. Es scheint, dass Thomas Barnett schon lange sein Arbeitszimmer nicht verlassen hat. Sonst könnte er nicht übersehen, dass sich die globalisierte Ökonomie in einer tiefen Krise befindet.

### Wo blieb die calvinistische Moral?

Der calvinistische Unternehmer brachte den Kapitalismus zum Erfolg. Er verzichtet, spart, arbei-

tet aufopferungsvoll und denkt langfristig. Reich zu werden ist nicht sein eigentliches Ziel, sondern nur das Nebenergebnis seines Lebensstils. Im gegenwärtigen Kapitalismus dominieren dagegen angestellte Manager; sie haben keinen Grund, Opfer zu bringen und denken kurzfristig, weil sie nicht wissen, ob sie morgen noch ihre Position haben oder von den Aktionären entlassen werden. Damit dies nicht passiert, versuchen sie die Aktionäre zufrieden zu stellen. Wie? Durch möglichst schnellen und hohen Gewinn. Dies führt zur radikalen Neudefinierung des kapitalistischen Wirtschaftens.

Nach dem Zeitalter der protestantischen Moral kam die lange Ära des unternehmenden Eigentümers. Im Jahre 1941 sagte aber James Burnham die Revolution der Manager voraus. Nach seiner Meinung beherrscht der Kapitaleigentümer das komplizierte moderne Wirtschaften nicht. Er heuert deshalb den Manager (Experten für die Unternehmensführung) an und bereitet damit sein Ende. Burnham prophezeite, dass die Manager zur herrschenden Klasse werden und ihre Macht missbrauchen werden. Seine Hoffnungen (in Bezug auf die Führungsqualitäten der Manager) haben sich nur teilweise erfüllt und seine Befürchtungen (im Hinblick auf ihre Machtinstinkte) wurden übertroffen. Laut einer Studie der Universität Harvard verdiente der durchschnittliche Vorstandsvorsitzende einer der 500 größten amerikanischen Gesellschaften im Jahre 1991 140-Mal so viel wie ein Arbeiter. Im Jahre 2003 war das Verhältnis 500 zu eins. Gegen hohe Gehälter ist nichts einzuwenden, wenn entsprechende Leistungen gebracht werden. Wer kontrolliert aber die Arbeitsergebnisse der Manager und deren Nachhaltigkeit? Die Eigentümer? Die kleinen Aktionäre kann die Unterneh-

mensspitze missachten und die Eigentümer von großen Aktienpaketen entweder gegeneinander ausspielen oder mit einem Sitz im Aufsichtsrat pazifizieren.

Für einen „lohnabhängigen“ Manager wäre die Opferbereitschaft, Umsicht und Weitsicht des Eigentümers nicht ökonomisch rational. Seine Interessenlage ist anders. Ökonomisch rational ist für ihn kurzfristiges Profitstreben; hinzukommen die intellektuelle Eindimensionalität und der Druck der Aktionäre, schnelle Profite zu erwirtschaften. Die Kombination dieser Merkmale vernichtete so gigantische Firmen wie Enron oder Worldcom.

Durch das notorische Überangebot des weltweit vagabundierenden Kapitals steigt die Nachfrage nach seinen Verwaltern (Managern), deren Qualität damit aber tendenziell sinkt. Die Manager haben vielleicht im Schnitt bessere Ausbildung und operative Führungsfähigkeiten als die Eigentümer. Ihr großer Nachteil ist der fehlende Bezug zum verwalteten Eigentum und zum Zweck des Unternehmens überhaupt. Deshalb sind in Führungspositionen nicht wenige, die führen aber nicht wirtschaften.

Die eigentümergeführten Unternehmen gewährleisten dagegen die Einheit von Eigentum, Leitung, Haftung und Risiko. Diese Unternehmer müssen für ihre Fehler mit ihrem ganzen Vermögen gerade stehen. Sie gehen deshalb weniger Risiko ein, denken langfristiger, sie entscheiden aber zugleich schneller und unabhängiger. Sie zielen auf Wohlstandssteigerung und nicht lediglich auf Profitmaximierung - und wirtschaften meistens erfolgreicher. Die Größe des Unternehmens spielt dabei keine entscheidende Rolle.

Die inhabergeführten Unternehmen sind unabhängig von der Größe erfolgreicher. Der GEX (German Entrepreneurial Index, wo beispielsweise BMW, Henkel, Merck, Metro und SAP sind), notiert deutlich über dem DAX.

Die fortschreitende Trennung des Eigentums und der Kontrolle macht aus dem Eigentum eine bloße Fiktion und gefährdet den Kapitalismus selbst.

### **Produkte bringen kaum Gewinne**

Lange Jahrzehnte funktionierte der Kapitalismus dank des Einfallsreichtums und der Risikofreude der Unternehmer, die mit neuen Produkten und Diensten versuchten, erfolgreich zu werden. Früher verdiente man vornehmlich an den Produkten, heute verdient man eher an der Produktion. Warum? Als Folge des weltweiten Wettbewerbs kann man kaum höhere Produktpreise durchsetzen und so bringen die Produkte nur geringe Margen. Verdienen kann man aber an der Produktion bzw. an den Produktionskosten. Am leichtesten lassen sich die Kosten dadurch sparen, dass man teure Arbeitskraft abbaut. Die Kehrseite dieser Unternehmensgewinne ist die Arbeitslosigkeit. Der Manager-Kapitalismus frisst seine Kunden.

Die Antwort der Globalisierer auf das Problem der Arbeitslosigkeit ist die weltweite Arbeitsteilung; die Erhaltung der hochwertigen Arbeitsplätze in der ersten Welt und Auslagerung der minderwertigen Arbeit nach Osteuropa, China und Indien würde aber nur dann funktionieren, wenn z.B. das deutsche Arbeitskräftepotenzial aus lauter jungen, gut ausgebildeten, kinderlosen, gesunden und ortsungebundenen Menschen be-

stehen würde. Oder, genauso unwahrscheinlich, dass die Älteren und Unqualifizierten den (sehr niedrigen) Weltmarktpreis ihrer Arbeit akzeptieren würden.

Der freie Welthandel vermindert die Preise und damit auch die in Lebenshaltungskosten, sagen die Anhänger der Globalisierung. Ja, der freie Welthandel führt tatsächlich dazu, dass der weltweit billigste Produzent den Auftrag bekommt. Das bedeutet aber, dass bestimmte Arbeiten beispielsweise in Großbritannien, letztlich nicht besser bezahlt werden können als in Indien. Die Produkte werden dadurch zwar billiger, aber dafür sinken auch die Löhne. Der Welthandel vermindert nicht nur die Produktionskosten, sondern auch das Einkommen der Bevölkerung. Das Ergebnis ist ein relativer Anstieg der Lebenshaltungskosten. Einige Produkte werden zwar billiger, sie können aber trotzdem nicht von den Käufern bezahlt werden. Es scheint also, dass wir dem Augenblick näher kommen, wo die (sozialen und politischen) Kosten des unbeschränkten Welthandels seinen Ertrag übertreffen.

Die Anhänger der Globalisierung behaupten, dass sie allen Vorteile bringen würde, die sich ihr nicht verschließen. Statistisch gesehen stimmt es möglicherweise. Die Vorteile der Globalisierung stellen sich nie gleichzeitig für alle Altersgruppen, Regionen, Industriezweige Staaten und Nationen ein. Genau dies ist der Angelpunkt der Globalisierungskrise. Im Gegensatz zu dem Weltbild der Statistiker und liberalen Ökonomen liegt es den einfachen Bürger sonderbarerweise sehr daran, die Prosperität und Vorteile der Globalisierung auch unmittelbar persönlich zu erfahren. Dem ist aber nicht so und es steht fest: Die Globalisie-

rung gefährdet die Stabilität der westlichen Gesellschaften. Der Welthandel reißt Rekorde, die Börse kommt voran, die Wirtschaft wächst, und gleichzeitig sinken in den entwickelten Ländern die Reallöhne und steigen die Unterschiede zwischen reich und arm.

### **Der Nationalstaat kommt ins Spiel**

Ohne Zweifel kann man der Kritik an der Globalisierung mit ökonomischen Argumenten begegnen und vielleicht da und dort auf theoretischer Ebene entkräften. Die maßgeblichen Entscheidungen werden aber im politischen Raum getroffen; dort geht es um Mehrheiten, Stimmen und Stimmungen. Die Mehrheit in einer Demokratie hat nicht automatisch Recht, ist sich auch selten genug mit den Ökonomen einig, dafür hat sie aber immer die Macht. Es mag falsch sein, aber die Regierungen entscheiden nach politischen und nicht nach ökonomischen Notwendigkeiten. Vieles was ökonomisch unvernünftig sein mag, ist politisch unausweichlich. Darüber hinaus ist der Handlungsdruck in der Demokratie sehr stark und unmittelbar, d.h., die Politik muss sofort handeln. Die unmittelbare Zukunft und die nächste Wahl interessieren Gewählte und Wähler weitaus mehr als die langfristigen Folgen heutiger Politik.

Lassen sie nur den Staat aus dem Spiel und überlassen das Feld dem Markt, lautet die übliche Antwort der Befürworter der Globalisierung. Karikiert wird diese Meinung in der bekannten Anekdote:

*Frage:* „Wie viele Ökonomen braucht man um eine Glühbirne auszuwechseln?“

*Antwort:* „Keine. Wenn der Staat sie nur in Ruhe lässt, würde sie es schon selber machen.“

Die Staaten haben in der Tat lange gewartet, die Globalisierung über sich ergehen lassen und seine Opfer in das soziale Netz aufgefangen. Jetzt dreht sich aber der Wind. Die Regierungen haben nicht mehr genug Geld, um den Lebensstandard der benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen zu erhalten. Diese frustrierten einheimischen Wähler können aber die Politiker von der Macht entfernen. Deshalb richten sich die Nationalstaaten nicht nach ökonomischen Theorien und Forderungen der Globalisierer, sondern betreten die Szene als Gemeinschaften, die die Interessen ihrer Bürger energisch verteidigen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der steigenden Arbeitslosigkeit und dem sinkenden Lebensstandard infolge der wuchernden Globalisierung erzwingt in den demokratischen Gesellschaften eine protektionistische Politik. Solange die Demokratie als politische Form bestehen bleibt, bleibt auch die Politik der demokratischen Staaten an den nationalen Interessen ausgerichtet. Die Politiker bevorzugen die Interessen ihrer eigenen Wähler und stellen die übergeordneten Interessen von zum Beispiel der EU (trotz heftigen Widerspruchs aus Brüssel) zurück.

Es ist auffällig, dass gerade die durch den internationalen Handel am meisten profitierenden Staaten zunehmend darauf bestehen, dass sich die Migranten den Einheimischen anpassen. Es scheint, dass mit der Zunahme des wirtschaftlichen Wettbewerbs die Bereitschaft sinkt, Exklaven anderer Kulturen zu dulden. In der globalen Konkurrenz setzen sich am besten einheitliche (und folglich schlagkräftige) Kollektive (Nationen) durch. Die Toleranz der westlichen Gesell-

schaften gegenüber den Abweichungen von ihren Werten und Lebensstilmustern sinkt infolge der Zuspitzung der weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenz. Dies ist die sozialpsychologische Grundlage für den ökonomischen Patriotismus.

### **Ökonomischer Patriotismus in der Praxis**

Mit der Globalisierung ist es nicht vereinbar, wenn die wichtigsten Handelsmächte mit Hilfe von Zoll - und Subventionspolitik die eigenen Märkte (z. B. Agrarmärkte) vor der billigeren Konkurrenz schützen. Und worauf deutet es hin, wenn so unterschiedliche Länder wie Frankreich, Bolivien, Russland, Venezuela und Spanien den eigenen Energiesektor mehr oder weniger elegant unter staatliche Kontrolle bringen? Der Nationalstaat verliert an Bedeutung behaupten die Anhänger der Globalisierung. In Wirklichkeit verweigern sich immer mehr Staaten aktiv der Globalisierung.

Im Februar dieses Jahres hat die französische Regierung ihre Entscheidung bekannt gemacht, die Energiekonzerne Suez und Gaz de France zusammenzuführen und einen „nationalen Champion“ aus der Taufe zu holen. Vordergründig geht es darum, dass die beiden Konzerne die großen Investitionen besser verkraften können. In Wirklichkeit zeigt sich darin die Absicht der französischen Regierung, in der Zukunft die Energiepreise im Inland zu beeinflussen. Ferner können die „nationalen Champions“ nicht von einem ausländischen Investor aufgekauft werden. Der französische Ministerpräsident Dominique de Villepin spricht in diesem Zusammenhang vom „ökonomischen Patriotismus“. Ähnlich argumentiert auch die spanische Regierung, die sich dagegen sperrt, dass das deutsche Energieunternehmen

EON den spanischen Konzern Endessa übernimmt. Aus Italien kennen wir die Forderungen, die einheimische Industrie zu schützen sehr gut - und jetzt hören wir ähnliche Stimmen sogar aus Deutschland. Man müsse der Globalisierung zeigen, wohin es gehen dürfe und die einheimischen Unternehmer sollen patriotisches Verhalten zeigen.

Im Dezember 2005 forderte die polnische Regierung die italienische Bank Unicredit auf, einen Teil ihres gerade erworbenen polnischen Imperiums wieder zu verkaufen. Die Polen wurden sofort durch die Europäische Kommission zu Recht gewiesen. Brüssel bestand darauf, dass eine solche Entscheidung der Kommission und nicht den Mitgliedern zusteht. Warschau hat sich nicht einschüchtern lassen und erklärte, dass wenn Unicredit bis Ende April 2006 der Aufforderung Polens nicht Folge leistet, einen Teil ihrer Filialen einfach verstaatlichen wird. Der Chef von Unicredit Alessandro Profumo hatte den Hinweis verstanden und sich verpflichtet, 200 von den 560 polnischen Filialen seiner Bank zu verkaufen. Warschau hatte deshalb so energisch gehandelt, weil es zu Recht befürchtet hatte, dass polnische Mitarbeiter in der italienischen Bank entlassen werden. Genau das hatte Unicredit auch vorgehabt. Dieses entschiedene Vorgehen Polens ist ein weiteres Beispiel für die Anti-Globalisierungspolitik.

Michail Chodorkowskij hatte sein Öl- Imperium verloren, weil Wladimir Putin den russischen Energiesektor kontrollieren möchte. Die Verstaatlichung von Jukos verlief (zumindest auf den ersten Blick) über eine rechtsstaatliche Umleitung. Sehr viel direkter schreitet der neue bolivianische Präsident Evo Morales voran. Mit einem Federstrich verstaatlichte er große Teile

des Ölkomplexes des Landes. Ähnlich möchte auch Venezuela handeln, der fünftgrößte Ölexporteur der Welt. Der Präsident Hugo Chavez plant die Anhebung des staatlichen Anteils an den ausländischen Ölkonzernen im Lande auf minimal einundfünfzig Prozent. Die Globalisierung geriet außer Kontrolle und seine Folgen rufen den ökonomischen Nationalismus hervor.

HAUS RISSEN HAMBURG kann für sich in Anspruch nehmen, dass es auf diese Entwicklungen sehr frühzeitig und treffsicher (zuletzt in der Aktualen Analyse Nr. 29 vom 30. April 2002) hingewiesen hat.

*„Die politischen Eliten in den hoch entwickelten Ländern favorisieren die nationale Kontrolle ihrer Volkswirtschaft, weil diese als eine Wohlstandsmaschine für die Stabilität des Landes und somit für die Machterhaltung der politischen Eliten unverzichtbar ist. Externe Einflussnahme (z.B. durch die EU-Kommission) oder sogar externe Kontrolle (z. B. infolge von Übernahmen wichtiger inländischer Unternehmen durch ausländische Investoren) sind unerwünscht, weil sie mit destabilisierenden Folgen für den Arbeitsmarkt und folglich auch für die Politik verbunden sind.“*

Die wirtschaftliche Fachpublizistik hatte diese Entwicklung erst wesentlich später erkannt.

*„Keine Frage: In der Wirtschaftspolitik ist die Nation auf dem Vormarsch. Dadurch wird ein Grundpfeiler der Europäischen Union erschüttert. Die Errichtung eines gemeinsamen Marktes mit dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und eben auch von Kapital ist eines der wichtigsten Ziele der Gemeinschaft.“ (Financial Times Deutschland vom 28. Februar 2006)*

## **Kann man die Märkte trennen?**

Krise oder schon das Ende der Globalisierung?

Die westlichen Staaten können und wollen zwar die internationalisierte Marktwirtschaft nicht verbieten, müssen sie aber aus Selbsterhaltungsinteresse einschränken. Der Antriebsmotor der Globalisierung ist die Suche nach den weltweit niedrigsten Produktionskosten. Und dadurch stellt die Globalisierung dem Kapitalismus das Bein. Damit aus der Krise nicht ein Ende, wie vor einhundert Jahren wird, muss das weltweit vagabundierende, überschüssige und die höchste Verzinsung suchende Kapital ausgebremst werden.

Die nationalen Regierungen versuchen die eigene Wirtschaft durch die Trennung der Märkte dem Einfluss der internationalisierten Ökonomie zu entziehen. Sie benutzen dazu Zollpolitik, technische Barrieren und stützen auf vielfältige Art und Weise eigene Produzenten. Ferner unterstützen die Nationalstaaten die Expansion der einheimischen Firmen auf anderen Märkten und behindern zugleich den Einstieg der ausländischen Investoren auf den heimischen Markt. Für die Staaten ist es eine Frage der nationalen Sicherheit, die strategischen Bereiche der eigenen Volkswirtschaft zu beeinflussen, wenn nicht gar zu kontrollieren. Die Definition des „Strategischen“ wird nicht von den Ökonomen, sondern von den Wirtschaftspolitikern formuliert; der Energiesektor gehört dazu auf jeden Fall.

Es ist aber zu erwarten, dass die Staaten mit den Eingriffen in die wirtschaftlichen Strukturen nicht bei dem Energiesektor aufhören. Sie werden sich sehr wahrscheinlich auch auf den wichtigsten Rohstoff des Kapitalismus, nämlich Geld konzen-

trieren. Nicht nur der Energiepreis, sondern auch der Geldpreis (Zinssatz) und der Geldfluss berühren in der Ära der Globalisierung direkt die nationale Sicherheit. Die führenden Politiker westlicher Staaten würden es zwar entschieden zurückweisen, aber es scheint mir sicher zu sein, dass in den Planungsstäben der Regierungen intensiv und sehr konkret darüber nachgedacht wird, wie man die Kapitalbewegungen besser kontrollieren kann. Der ungebremsste Strom des Kapitals (zur höchsten Verzinsung abfließend) reißt immer mehr Arbeitsplätze mit sich. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann und wie radikal die Regierungen versuchen, den freien Kapitalverkehr einzuschränken oder zumindest abzubremesen. Drehen an der Börsenumsatz- oder einer Variante der Tobinsteuer, Beschränkung der Aktionärsstimmrechte u.ä. wird kommen. Einer der Ansatzpunkte dieser Eingriffe und eine glänzende Begründung zugleich stellen die hochspekulativen Hedge Fonds dar. Die Hedge Fonds kanalisieren das vagabundierende Kapital und setzen den Marktmechanismus außer Kraft. Hedge Fonds funktionieren etwa so: Zunächst werden langfristig die Höchst- und Niedrigpreise beobachtet und in ein mathematisches Modell eingegeben. Die daraus entwickelte Software gibt dann automatisch Kauf- oder Verkaufssignale, ohne dass es das reale Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage berücksichtigt. So funktionieren auch (aber nicht nur) die Rohstofffonds, die das Geld aus virtuellen Quellen generieren. Die Menge des eingesetzten Kapitals setzt dabei die Marktmechanismen außer Kraft; seltsam, dass sich kaum jemand wegen dieses klaren Verstoßes gegen die reine marktwirtschaftliche Lehre aufregt.

## **Ende der Marktwirtschaft?**

Wozu werden die Abwehrmaßnahmen gegen die Globalisierung führen? Zum ökonomischen Niedergang und dem Aufkommen der Staats- oder sogar Planwirtschaft, rufen die Globalisierungsbefürworter empört. Nun, abgesehen davon, dass wir wohl keine Wahl haben, als die Globalisierung möglichst sanft, aber dezidiert abzubremesen oder massive politische Destabilisierung der westlichen Welt zu riskieren, können uns folgende Argumente etwas Trost spenden:

Die vorhergesagten negativen Folgen der Abtrennung der Märkte und dosierten Protektionismus sind sicher denkbar, aber nicht unausweichlich. Die Wissenschaft weiß zu wenig über die Ursächlichkeiten in der Politik und Wirtschaft, als dass sie wirklich zuverlässige Vorhersagen liefern könnte. In Wirklichkeit ist die Wirtschaftswissenschaft kaum in der Lage, zutreffend vorherzusagen, welche Folgen die heutigen Entscheidungen tatsächlich haben werden. Die Treffgenauigkeit der wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen rückt z.B. folgende Aussage der 53 renommierten deutschen Ökonomen in das richtige Licht: „Der Euro stärkt Wachstum und sichert Arbeitsplätze.“ (in einem Aufruf im Jahre 1998).

Unsere Eingriffe in die wirtschaftlichen und politischen Prozesse haben immer unbeabsichtigte (negative oder positive) Nebenwirkungen, von denen wir heute keine Vorstellung haben können.

Ferner kann es unabhängig von unseren Eingriffen zu unerwarteten Entwicklungen kommen. So kann beispielsweise China als die „Fabrik der

Welt“ implodieren und Indien im Kastensystem stecken bleiben. Die Koordinaten der Globalisierung wären damit völlig neu abgesteckt.

Und schließlich wissen wir, dass die Wirtschaft sehr anpassungsfähig ist. Die staatlichen Eingriffe werden wohl kaum zu Unternehmerstreiks führen. Wahrscheinlicher ist ihre Anpassung an die neue Situation und Ausnutzung der (teilweise beschränkten) Räume aus.

Übrigens hat die wirtschaftliche Kleinräumigkeit, Segmentierung der Märkte auch ökonomisch gesehen nicht nur Nachteile. Die Untersuchungen des amerikanischen Psychologen Dean Simonton bestätigen, dass es günstiger ist, wenn jeder Akteur verschieden genug ist, um seinen eigenen spezifischen Vorteil zu besitzen. Simonton untersuchte die großen Zivilisationen Europas, Indiens, Chinas und der islamischen Welt im Zeitraum zwischen 500 v. Ch. bis in die moderne Zeit und stellte fest, dass das Aufkommen der Kreativität keine Korrelation zum Wohlstand, Größe des Gebietes oder zur militärischen Macht des Staates aufweist. In allen Fällen hing das Aufkommen der Kreativität mit der Vielfalt zusammen. Simonton betrachtete anschließend detailliert die europäische Geschichte und fand die gleiche Abhängigkeit zwischen der Vielfalt und Kreativität.

Was passiert, wenn die globalen Märkte getrennt werden, weil der Staat Schutzmaßnahmen in den entscheidenden ökonomischen Bereichen durchgesetzt? Wenn die Staaten ihre protektionistischen Maßnahmen durchsetzen und einige Märkte teilweise oder ganz abkoppeln, wird es aus der Sicht der (Wahl)-Bürger Vor- und Nachteile haben. Auf den lokalen Märkten hätten

dann einheimische Produkte wieder eine Chance und würden damit die einheimischen Arbeitsplätze sichern. Diese Produkte wären aber teurer als die globalisierte Ware. Die Verbraucher, die auf einmal höhere Preise für einheimische Produkte zahlen müssten, würden es ihren Regierungen nicht danken. Die Politik hat aber in Wirklichkeit keine Wahl. Sie muss versuchen, die Globalisierung „sanft“ abzubremesen. Wenn es den Regierungen nicht gelingt, die kritische Masse der einheimischen Arbeitsplätze zu erhalten, dann wird die Reaktion der Wähler weitaus aggressiver ausfallen und die Globalisierung endet mit einer „harten“ Landung.

#### **Autor**

Dr. habil. Peter Robejsek

Institutsdirektor

HAUS RISSEN HAMBURG

Internationales Institut für Politik und Wirtschaft

Tel. (040) 81 907 15

E-Mail: [robejsek@hausrissen.org](mailto:robejsek@hausrissen.org)